

Malchow, 15. Dezember 2016

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2017

Guten Abend liebe Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste,

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Putzar, sehr geehrter Herr Teichmann,
verehrte Damen und Herren der Verwaltung,

sehr geehrte Präsidentin der Stadtvertretung,
liebe Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter,

zu Beginn möchten wir, damit meine ich unsere Fraktion, uns bei allen Beteiligten in der Verwaltung sowie dem Finanzausschuss für die gemeinsame Arbeit am Haushalt 2017 und der Finanzplanung bedanken. Besondere Mühe hatte beim vorliegenden Werk die Kämmerin Frau Klinger sowie ihre Mitarbeiter/Innen in der Kämmerie. Herzlichen Dank für die Geduld, die Sie für Vorschläge und Fragen der Stadtvertreter sicher manchmal aufwenden mussten.

Ein weiterer Dank geht an die vielen ehrenamtlich arbeitenden Menschen in unserer Stadt. Ob in Vereinen, in der Feuerwehr oder in den verschiedenen Bürgerinitiativen – ohne Sie würden wir an vielen Stellen den Schutz, die Sicherheit und die Vielfalt in unserer Stadt verlieren.

Zudem geht unser Dank auch an die anderen in der Stadtvertretung vertretenen Fraktionen, für die Zusammenarbeit und den fairen, demokratischen, parteiübergreifenden Austausch in den verschiedensten Themenbereichen.

Wir beschließen heute den neuen Haushalt für die Stadt Malchow für das Jahr 2017. Dieser Haushalt ist geprägt vom harmonischen, aber auch kritischen Miteinander der Stadtvertreterfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, den Linken, der SPD sowie der OWM und BfM.

In diesem Jahr haben wir festgestellt, dass wir – und damit alle Fraktionen gleichermaßen – nahezu alle Anträge im Haushalt gemeinsam getragen haben, die Haushaltsanträge der Verwaltung also gemeinsam verabschiedet haben. Die Fraktionen waren sich vor und während der Haushaltsberatungen über die meisten der Anträge, Inhalte und Schwerpunkte des Haushaltes einig.

Der Haushalt ist nicht genehmigungspflichtig und er bringt die Stadt bei einigen Themen voran. **Aber** er weist noch keine Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit auf, die uns optimistisch stimmen könnte. Dafür bedarf es auch zukünftig noch harter Arbeit und richtungswei-

sender Entscheidungen. Das Gebilde bleibt empfindlich. Wir können nicht absolut sicher sein, dass eine Störung nicht doch zu negativen Konsequenzen führt.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist nicht die Summe aller möglichen Wünsche die Begrenzung für den Haushalt. Für uns sind die verfügbaren Mittel im Haushalt die Begrenzung für die Wünsche.

Damit es keine Missverständnisse gibt:

Manche Wünsche werden wir erst später angehen bzw. angehen können

Manche Wünsche werden wir auch nie erfüllen bzw. erfüllen können

Wir würden uns wünschen, dass die Erkenntnis wächst:

Nicht alles, was inhaltlich sinnvoll ist, ist auch bezahlbar.

Wir würden uns auch wünschen, dass die Erkenntnis wächst:

Geld an einer Stelle im Haushalt vorzusehen, führt nicht zwingend zu einer Ausgabeverpflichtung.

Dieser Grundsatz, den jeder von uns im Privatleben berücksichtigt, hat in einigen Bereichen der Stadt noch Entwicklungsmöglichkeiten. Ich bin sicher, dass unser Verwaltungschef hier beispielhaft handelt und handeln wird.

Wird die Haushaltslage schwieriger?

Von einem Haushalt, wie er in anderen Kommunen Besorgnis erregt, sind wir vielleicht noch ein Stück entfernt. Aber die Kommunalaufsicht weist nicht umsonst darauf hin, dass auch ein schleichender Eigenkapitalverzehr unterhalb der oft zitierten 5 % -Grenze auf Dauer nicht genehmigungsfähig ist. Immerhin ist aber weiterhin die Liquidität nicht gefährdet, denn Kassenkredite wurden bisher kaum bzw. gar nicht in Anspruch genommen. Daher können Ausgaben, die wir mit Blick auf das Allgemeinwohl für erforderlich halten, noch geschultert werden.

Solange die im Grundgesetz verankerte Finanzausstattung der Kommunen nicht funktioniert und viele Städte und Gemeinden bisher vergeblich dagegen geklagt haben, müssen eigene Überlegungen her, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Einiges ist hier bisher in unserer Inselstadt verpasst worden.

Ein Mehr zu weiteren Ausgaben bedeutet im Umkehrschluss auch ein Mehr an weiteren Einnahmen, oder zumindest an Einsparungen. Wer ein Mehr fordert, muss auch sagen, wie er dieses an Einnahmen generiert, oder welche freiwilligen Leistungen er streichen möchte. Dieser Haushalt offenbart letztendlich, dass es derzeit noch keine ausgereifte Idee gibt, wie die Stadt zu Mehreinnahmen kommen soll, wohin die Reise mit unserer Stadt gehen soll.

Da wir unter der Amtsführung von Joachim Stein zumindest rein formal eine stattliche Rücklage aufbauen konnten, werden wir formal, so sieht es das Gesetz vor, den Haushalt noch ausgleichen. Doch werden wir langfristig nicht umhinkommen, erhebliche Schulden aufzunehmen, wenn in Zukunft keine Mehreinnahmen bzw. keine deutlichen Einsparungen erreicht werden können. Wir brauchen eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik und wir müssen schon jetzt eine Situation verhindern, die - bei einer wohlgerichtet nachlassenden Konjunktur - dem Haushalt die Genehmigungsfähigkeit nimmt.

Wir sehen durchaus die Bemühungen der Verwaltung, die Haushaltsführung auf eine solide Basis zu stellen. Wir sehen auch, dass es für eine Gemeinde schwierig ist Einnahmen zu generieren. Wir sind allerdings der Auffassung, dass sich der Bürgermeister nicht immer mit

aller Kraft diesem Ansinnen zuwendet, sondern manchmal den für ihn einfacheren Weg geht.

Wo bleiben die von Ihnen angekündigten „nachhaltigen Konzepte“ zur Entwicklung unserer Stadt. Wo bleibt u.a. das Tourismuskonzept, das Gewerbekonzept oder Verkehrskonzept, die Sie im letzten Jahr versprochen haben?

Ich möchte ein Beispiel geben denn auch dieses muss Erwähnung finden.

Wir müssen sachlich feststellen:

In dem vorliegenden Haushalt wurden Planungskosten für das Strandbad von 100 T€ eingestellt, obwohl weder die Finanzierung noch eine Förderquote von 90 % sichergestellt sind. Um es ganz deutlich zu sagen: wir befürworten die Sanierung des Strandbades und der Strandstraße und finden die bislang vorgelegten Planungsentwürfe vielversprechend. Aber sollten nicht im Vorfeld die finanziellen Rahmenbedingungen geklärt werden? Und sollte man nicht im Vorfeld von konkreten Planungen die Bürger und nicht zuletzt auch die Stadtvertreter mitnehmen und deren Vorschläge und Meinungen einbeziehen? Dass Alleingänge oft nicht zum Erfolg führen, haben wir doch u.a. bei der Durchführung des „Insel-Open-Air“ gesehen. Hinweise und Vorschläge seitens einiger Stadtvertreter wurden ignoriert und teilweise belächelt. Das Ergebnis war ein dickes Minus.

Steuergelder müssen unseres Erachtens zuerst für die wirklich notwendigen Dinge wie die sozialen Aufgaben und die dringend erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen fließen. Aus diesem Grund haben wir unter anderen darauf gedrängt, dass das Insel-Open-Air gern wieder stattfinden soll, es jedoch derzeit kostenneutral in den Haushalt einzustellen ist.

Wirtschaftsförderung ist nach wie vor ein TOP-Thema. Wir leben zu einem großen Teil von unseren florierenden Unternehmen und sind dankbar, dass sie Malchow als Standort erhalten oder sogar ausbauen.

Kern unserer Arbeit muss es aber auch sein, neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze sowie auch Ausbildungsplätze zu schaffen, um auch Familien in unserer Stadt zu halten und eine gesunde Altersstruktur zu haben. Gleichzeitig müssen wir die Wirtschaftsförderung stärken und damit die Entwicklung von Gewerbeflächen und Ansiedlung von Unternehmen vorantreiben.

Wir brauchen einen Stadtentwicklungsplan! Dort wollen wir die wesentlichen Themen der nächsten Jahre vordenken. Hauptaufgabe wird es dabei sein, die Bürger/innen und die von ihnen gewählten Stadtvertreter in weiteren Beteiligungsformen mitzunehmen bei der Entwicklung unserer Stadt, aber auch die zeitliche und finanzielle Vertaktung der Projekte. Strategische Haushalts-Planung und Zielplanung Stadtentwicklungsplan müssen in Übereinstimmung gebracht werden. Auch hier gilt es über die Einnahmen nachzudenken.

Zum Thema „Freiwillige Leistungen“:

Die freiw. Leistungen erhöhten sich von 324 T€ in 2015 auf 526 T€ in 2016 und werden nun mit 814 T€ geplant. Besonders auffällig ist die Steigerung bei der Heimat- und sonstigen Kulturpflege. Im Jahr 2017 werden sie mit 465 T€ fast doppelt so hoch geplant wie 2016 (256 T€). Und in 2015 betragen sie lediglich 182 T€. Natürlich ist die Heimat- und sonstige Kulturpflege wichtig. Aber man muss sie sich auch leisten können.

Wir müssen unseren lieb gewonnen Leistungskatalog einer kritischen Prüfung unterziehen. Was wollen - aber vor allem was können wir noch zahlen, ohne unsere Pflichtaufgaben zu vernachlässigen?

Im Zentrum der Haushaltsberatungen soll aber nicht nur das Kürzen von Zuschüssen für Vereine stehen, sondern Einnahmeverbesserungen durch Stadtentwicklung sowie finanzielle Entlastungen durch strukturelle Veränderungen bei den Vereinen. Auch hier – müssen wir sachlich anmerken - wurden die Versprechungen des Bürgermeisters, sich um eine neue Vereinsstruktur zu kümmern, bislang nicht erfüllt.

Zum Thema „Investitionsprogramm“:

Ob und wie, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt welche Investition möglich ist, stellt uns immer wieder vor die gleiche Problemstellung und nicht selten kommt es zu einer regelrechten Zerreißprobe. Daher muss das Eine oder Andere auch auf den Prüfstand gestellt werden.

Investieren ohne die Liquidität aufzubrechen, ist eine Herkulesaufgabe. Investitionsmittel müssen, wie in der freien Wirtschaft, normalerweise **erst** erwirtschaftet werden, bevor sie ausgegeben werden können.

Grundsätzlich tragen wir die im Investitionsplan dargestellten Investitionen mit.

Besonders freuen wir uns, dass Geld für eine Fahrradabstellanlage für die Fleesenseeschule eingeplant wurde. Insgesamt investieren wir in unsere Schulen im nächsten Jahr mehr als 90 T€.

Wir möchten jedoch bei den städtischen Investitionen, dass in Zukunft noch genauer hingesehen wird, was Priorität haben soll und was aufgeschoben werden kann. Allein der tatsächliche Bedarf muss entscheidend für die jeweilige Priorisierung sein. Nicht alles muss immer sofort und gleichzeitig gemacht werden.

Wir vertrauen darauf, dass wir von der Verwaltung im kommenden Jahr endlich die im letzten Jahr von uns angesprochene Prioritätenliste (5- oder 10-Jahresplanung) vorgelegt bekommen, über die wir dann gemeinsam diskutieren können.

Eins dürfen wir jedoch nie aus den Augen verlieren: wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Zum einen muss Verwaltungshandeln transparenter werden. Entscheidungen - gerade in Zeiten knapper Kassen - bedürfen der Akzeptanz der Bürger/Innen. Und ein Schritt dahin führt über die transparente Darstellung von Entscheidungen und Prozessen.

In allen Themenbereichen müssen wir die Bürgerinnen und Bürger stärker einbinden. Und damit meine ich alle: nicht nur die, die am lautesten schreien. Es geht darum, dass wir stärker das Knowhow und die Ideen der Malchower nutzen. Die Bürger müssen wissen, dass man Ihre Meinung ernst nimmt. Wir brauchen mehr Transparenz und eine bessere Kommunikation.

Verantwortliche Haushaltspolitik erfordert, den Menschen unmissverständlich die Wahrheit über die finanzielle Situation unserer Stadt zu sagen und vor allem nichts zu beschönigen.

Abschließend noch einige Bitten an die Verwaltung: Wir brauchen mehr Zeit für die Beratung des Haushaltes. Lediglich 2 Sitzungen halten wir für zu wenig. Hinzu kommt, dass der Abstand von nur einer Woche zwischen den Sitzungen es unmöglich macht, den Haushalt in den Fraktionen ausreichend zu besprechen. Man darf hierbei nicht vergessen, dass wir alle dies im Ehrenamt machen. Der Vorsitzende des Finanzausschusses sollte in Zukunft die Diskussion so lenken, dass konstruktiv und zielführender am Haushalt gearbeitet werden kann. So kann es z.B. nicht sein, dass im Finanzausschuss langwierig darüber diskutiert wird, ob der Werksausschuss über ein Sponsoring der Stadtwerke entscheiden darf oder nicht, oder warum in der Kantine Werleburg kein Bier ausgeschenkt wird – um nur zwei Beispiele zu nennen. Das sind unsere Meinungen nach keine Themen des Finanzaus-

schusses.

Unser Vorschlag wäre, mindestens 3 Beratungssitzungen mit mindestens 2 Wochen Abstand dazwischen. Das ist planbar!

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem uns vorgelegten Haushalt 2017 mehrheitlich zustimmen.

In der Abwägung aller uns vorliegenden Gesichtspunkte sind in diesem Haushalt, auch mit Blick auf die gegebenen finanziellen Möglichkeiten, viele gute Aspekte erkennbar. Diese wollen wir unterstützen und wir werden kritisch-konstruktiv bei denen bleiben, die aus unserer Sicht nicht sinnvoll für unsere Stadt sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ich wünsche Ihnen, liebe Bürger/Innen, Stadtvertreter/Innen, der Präsidentin der SV, unserem Bürgermeister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,

FROHE WEIHNACHTEN und dass wir uns alle gesund und munter im Neuen Jahr gerne wieder die Köpfe sachlich heiß debattieren und fair sowie demokratisch miteinander umgehen.

Herzlichen Dank!

Mirko Henschler

Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OV Malchow